

Beck'sches Mandatshandbuch Zivilrechtliche Berufung

von
Norman Doukoff

4. völlig neu bearbeitete Auflage

Beck'sches Mandatshandbuch Zivilrechtliche Berufung – Doukoff

ist ein Produkt von beck-shop.de

Thematische Gliederung:

Gesamtdarstellungen



Verlag C. H. Beck München 2010

Verlag C. H. Beck in Internet:

www.beck.de

ISBN 978 3 406 60691 5

Doukoff
Beck'sches Mandatshandbuch
Zivilrechtliche Berufung

beck-shop.de

beck-shop.de

Beck'sches Mandats Handbuch

Zivilrechtliche Berufung

von

Norman Doukoff, M.A.
Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht München

beck-shop.de
4. völlig neu bearbeitete Auflage



Verlag C. H. Beck München 2010

beck-shop.de

Verlag C.H.Beck im Internet:
beck.de

ISBN 978 3 406 60691 5

© 2010 Verlag C.H.Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck: fgb · Freiburger Graphische Betriebe
Bebelstraße 11, 79108 Freiburg i. Br.
Satz: Cicero Computer GmbH, Mirecourtstr. 14, 53225 Bonn

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur vierten Auflage

Das vorliegende Buch, dessen bisherige Auflagen in der Kritik und bei den Lesern eine freundliche Aufnahme fanden, möchte zu allererst dem Anwalt bei der Bearbeitung eines berufsrechtlichen Mandats konkrete Hilfe bieten; darüber hinaus soll es allen anderen mit dem zivilprozessualen Berufsrecht Befassten als aktuelles Nachschlagewerk dienen.

Diesen Zielen dient zunächst die umfassende Erörterung der einzelnen Bearbeitungsschritte eines Berufsmandats, wobei auf die zahlreichen Besonderheiten des arbeitsgerichtlichen Berufungsverfahrens und des Wettbewerbsprozesses ebenso eingegangen wird wie auf kosten- und gebührenrechtliche Fragen. Hinzutreten ABC-Stichwortreihen und Rechtsprechungsübersichten, ausgewählte Zitate aus der (insbesondere auch unveröffentlichten) Rechtsprechung sowie ein auf Vollständigkeit angelegter Belegapparat, der die eigenverantwortliche, differenzierte Argumentation gegenüber Gericht und Gegner ermöglicht, welche angesichts der in letzter Zeit vom Bundesgerichtshof erneut ausgeweiteten Haftung des Anwalts für Fehler des Gerichts bzw. deren Nichtverhinderung notwendiger denn je ist. Abgerundet wird die Darstellung durch Formulierungshilfen und Schriftsatzmuster.

Eine an den Bedürfnissen des anwaltlichen Praktikers ausgerichtete Darstellung muß auch Handlungsspielräume aufzeigen. Dabei sind aber Einseitigkeiten zu vermeiden; konfrontative Strategien in Anlehnung an die Konfliktverteidigung¹ oder minimalistische Ausrichtung an dem, was möglicherweise vom Bundesgerichtshof gerade noch toleriert wird, können nicht Leitlinien verantwortungsbewußten und sachorientierten anwaltlichen Handelns sein.

Den Schwerpunkt der Neubearbeitung bildet neben der Einarbeitung der seit der letzten Auflage erfolgten zahlreichen Gesetzesänderungen sowie der außerordentlich umfangreichen Rechtsprechung und Literatur die Erörterung neuer Fragestellungen, was in erheblichem Umfang Anlaß zu einer Neufassung des bisherigen Textes gab; bei dieser Gelegenheit wurden die beibehaltenen Belege einer eingehenden Überprüfung unterzogen. Gesetzgebung, Rechtsprechung und Literatur sind auf dem Stand 9. Mai 2010; spätere Änderungen sind, soweit es die Drucklegung noch erlaubte, eingearbeitet worden.

Danken möchte ich wiederum zunächst meiner Frau, Rechtsanwältin Beate Doukoff, für die erneute Überprüfung von Konzeption und Inhalt sowie das Korrekturlesen. Danken möchte ich erneut auch meinen Kollegen im 10. Zivilsenat des Oberlandesgerichts München für die Möglichkeit, verschiedene Fragen eingehend zu erörtern. Mein Dank gilt schließlich ganz besonders dem Verlag C. H. Beck für die Ermöglichung einer Neuauflage und die großzügige technische Unterstützung.

Für Anregungen und Verbesserungsvorschläge bin ich auch in Zukunft dankbar.

München, im Mai 2010

Norman Doukoff

¹ Vgl. etwa die Empfehlungen von *Braunschneider*, Konfliktverteidigung im Zivilprozess (ProzRB 2002, 53 ff., 89 ff.; 2003, 49 ff.).

beck-shop.de

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungen	XIX
Literatur	XXV
Einleitung	1
1. Teil. Die Vorbereitung der Berufung	3
§ 1 Vorbereitende Maßnahmen in der ersten Instanz	3
§ 2 Prüfung der Zulässigkeit	43
§ 3 Berufungsfrist und Berufungsgericht	61
§ 4 Klärung der Berufungsziele, des Berufungsumfangs und der Berufungsgründe	75
§ 5 Prüfung der kostenrechtlichen Aspekte der geplanten Berufung	117
§ 6 Prüfung von Maßnahmen im Hinblick auf die Zwangsvollstreckung	129
§ 7 Die Beratung durch den Anwalt	133
2. Teil. Berufungseinlegung und -begründung	141
§ 8 Die Form der Berufungsschrift	141
§ 9 Die Berufungsbegründungsfrist	161
§ 10 Die Berufungsbegründungsschrift	175
§ 11 Verwerfung und Zurückweisung der Berufung	203
3. Teil. Die Verteidigung des Berufungsbeklagten	217
§ 12 Die Berufungserwiderung	217
§ 13 Die Anschlußberufung	221
4. Teil. Die Berufungsverhandlung	235
§ 14 Der Ablauf der Verhandlung	237
§ 15 Das Versäumnisverfahren	239
5. Teil. Besondere Formen der Verfahrensbeendigung	241
§ 16 Die Berufungsrücknahme	241
§ 17 Berufungsverzicht und Anerkenntnis	247
§ 18 Die Erledigterklärung	249
§ 19 Der Prozeßvergleich	251
6. Teil. Die Vorbereitung der Revision	261
Anhang: Muster	263
Stichwortverzeichnis	289

beck-shop.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur vierten Auflage	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungen	XIX
Literatur	XXV
Einleitung	1
1. Teil. Die Vorbereitung der Berufung	3
§ 1 Vorbereitende Maßnahmen in der ersten Instanz	3
A. Agieren bei Klageerhebung und -erwiderung	3
I. Sachanträge	3
II. Sachvortrag	4
1. Umfang des Sachvortrags	4
a) Rückkehr der Eventualmaxime?	4
b) Schlußfolgerungen	6
2. Beachtung der Präklusionsregeln	6
a) Die Präklusion fristwidrigen Vorbringens gemäß § 296 Abs. 1 ZPO	7
b) Die Präklusion verspäteten Vorbringens gemäß § 296 Abs. 2 ZPO ...	17
c) Die Präklusion verspäteter Zulässigkeitsrügen gemäß § 296 Abs. 3 ZPO	18
d) Die Präklusion im Versäumnisverfahren gemäß § 340 Abs. 3 ZPO ..	19
e) Die Präklusion durch den Verhandlungsschluß gemäß § 296 a ZPO	20
f) Wirkung der Zurückweisung	20
3. Rechtsausführungen	21
III. Verfahrensanträge	22
1. Vollstreckungsschutzantrag	22
a) Notwendigkeit	22
b) Form	22
c) Maßnahmen bei Übergehen des Antrags.	23
2. Antrag auf Zulassung der Berufung	23
a) Die Zulassungsberufung in der ZPO	23
b) Die Zulassungsberufung im Arbeitsgerichtsverfahren	25
c) Die Anfechtung der Nichtzulassung	25
IV.  Muster 1: Ausgearbeitete Klageschrift	26
B. Mitwirken in der Beweisaufnahme und Beweisverhandlung	26
I. Mitwirken in der Beweisaufnahme (§§ 284, 355–357, 361–484 ZPO)	26
1. Ausübung des Fragerechts	26
2. Kontrolle der Aussagenprotokollierung	27
3. Antrag auf Vereidigung eines Zeugen	28
II. Mitwirken an der sog. Beweisverhandlung oder Schlußerörterung (§§ 279 Abs. 3, 285 Abs. 1 ZPO)	28
1. Regelungssystematik	28
2. Inhalt und Form	28
3. Bedeutung für die Berufung	29
C. Überprüfung des Protokolls und des Urteilstatbestands	31
I. Überprüfung des Protokolls	31
1. Bedeutung des erstinstanzlichen Protokolls für das Berufungsverfahren	31
2. Verfahren	33
3. Anfechtung	34
II. Überprüfung des Urteilstatbestands	34

Inhaltsverzeichnis**Inhaltsverzeichnis**

1. Die Beweiskraft des Tatbestands	34
2. Die Tatbestandsberichtigung	38
a) Grundsätzliches	38
b) Formalien [☞] Muster 2: Antrag auf Tatbestandsberichtigung	38
c) Die Entscheidung	39
d) Haftungsrechtlicher Hinweis	40
e) Gebührenrechtlicher Hinweis	40
D. Herbeiführung einer Urteilsergänzung (§ 321 ZPO)	40
I. Anwendungsbereich	40
II. Verfahren	41
E. Verschiebung der Urteilszustellung [☞] Muster 3: Antrag auf Verschiebung der Urteilszustellung	41
§ 2 Prüfung der Zulässigkeit	43
A. Statthaftigkeit	43
I. Die Hauptsacheentscheidung eines Endurteils	43
1. Verzichtsurteile (§ 306 ZPO)	43
2. Anerkenntnisurteile (§ 307 ZPO)	43
3. Ergänzungsurteile (§ 321 ZPO)	43
4. Versäumnisurteile (§§ 330, 331 ZPO)	44
a) Das erste Versäumnisurteil	44
b) Das zweite Versäumnisurteil	45
5. Zwischenurteile (§§ 280 Abs. 2 S. 1; 302 Abs. 3, 599 Abs. 3; 304 Abs. 2 Hs. 1 ZPO)	47
6. Schlußurteile	48
7. Wohnraumräumungsurteile	48
8. Vorentscheidungen im ersten Rechtszug (§ 512 ZPO)	49
II. Die Kostenentscheidung	49
III. Die vorläufige Vollstreckbarkeit	50
IV. Sonderfälle	50
1. Nichtigurteile	50
2. Nicht- und Scheinurteile	51
3. Noch-nicht-Urteile	52
B. Überschreiten des Werts des Beschwerdegegenstands oder Zulassung	52
I. Die Wertberufung	52
1. Der Begriff des „Wert des Beschwerdegegenstands“	52
a) Beschwer	52
b) Wert der Beschwer, Wert des Beschwerdegegenstands und Rechts- mittelstreitwert	55
2. Der erforderliche Wert des Beschwerdegegenstands	56
a) Grundsatz	56
b) Ausnahmen	57
3. Maßgeblicher Zeitpunkt für das Vorliegen des erforderlichen Be- schwerdewerts	57
II. Die Zulassungsberufung	58
C. Die sog. Ausnahmeberufung	58
§ 3 Berufungsfrist und Berufungsgericht	61
A. Die Berufungsfrist	61
I. Dauer	61
II. Beginn	61
1. Normalfall	61
a) Gewöhnlicher Zivilprozeß	61
b) Arbeitsgerichtsverfahren	62
2. Sonderfälle	63
a) Berichtigung und Tatbestandsberichtigung	63
b) Ergänzungsurteil	63
c) Fehlende oder unwirksame Zustellung	63

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis

d) Insolvenzverfahren	64
III. Ende	65
IV. Verlängerung	66
V. Die Wiedereinsetzung	66
VI. Umdeutung einer verfristeten Berufung	71
B. Das Berufungsgericht	71
I. Die Berufungsgerichte im allgemeinen	71
1. Berufungen gegen amtsgerichtliche Urteile	71
2. Berufungen gegen erstinstanzliche landgerichtliche Urteile	72
3. Berufungen gegen Urteile der Arbeitsgerichte	72
4. Berufungen gegen Urteile der Nichtigkeitssenate des Bundespatentgerichts	72
II. Auswärtige Spruchkörper	72
III. Besonderheiten bei Zuständigkeitskonzentrationen	72
§ 4 Klärung der Berufungsziele, des Berufungsumfangs und der Berufungsgründe	75
A. Klärung der Berufungsziele	76
B. Klärung des Berufungsumfangs	77
I. Erweiterung des Streitstoffs	77
1. Grundsätze	77
2. Besondere Regeln	78
a) Keine isolierte Klageänderung	78
b) Präklusionsrechtliche Beschränkungen von Klageänderung, Widerklage und Aufrechnung in der Berufungsinstanz	79
II. Abstehen vom Urkundsprozeß	81
1. Rechtslage vor dem Inkrafttreten des ZPO-RG	81
2. Heutige Rechtslage	81
III. Parteienerweiterung und Parteiwechsel	82
1. Die Parteienerweiterung	82
2. Der Parteiwechsel	83
a) Normalfall des Parteiwechsels	83
b) Berufungseinlegung und/oder -begründung durch einen Dritten	83
IV. Sonderfall: § 124 Abs. 1 VVG (= § 3 Nr. 8 PflVG a.F.)	84
C. Klärung der Berufungsgründe	85
I. Der Berufungsgrund der fehlerhaften Rechtsanwendung, § 513 Abs. 1 Var. 1 i. Verb. m. § 546 ZPO	85
1. Verletzung des materiellen Rechts	86
2. Verfahrensfehler	87
a) Von Amts wegen zu beachtende Verfahrensvorschriften (sog. absolute Verfahrensmängel)	87
b) Nicht von Amts wegen zu beachtende und verzichtbare Verfahrensvorschriften	89
3. Kausalität	90
II. Der Berufungsgrund der unrichtigen Tatsachenfeststellung, § 513 Abs. 1 Var. 2 i. Verb. m. § 529 Abs. 1 Nr. 1 ZPO	91
1. Erstinstanzlich „festgestellte Tatsachen“	91
a) Zum Sprachsinn des Tatbestandsmerkmals „festgestellte Tatsachen“	91
b) Das Tatbestandsmerkmal „festgestellte Tatsachen“ im System der Zivilprozeßordnung	92
2. Konkrete Anhaltspunkte für die Unrichtigkeit	93
3. Zweifel	105
a) Die Vorstellungen des Reformgesetzgebers	105
b) Die Praxis	106
4. Gebotensein neuer Feststellungen	106
III. Der Berufungsgrund der neuen Angriffs- oder Verteidigungsmittel, § 513 Abs. 1 Var. 2 i. Verb. m. §§ 529 Abs. 1 Nr. 2, 531 Abs. 2 S. 1 ZPO	108
1. Die vertikale (instanzübergreifende) Präklusion	108
a) Das Novenrecht im allgemeinen	108

Inhaltsverzeichnis**Inhaltsverzeichnis**

b) Die einzelnen Präklusionstatbestände	109
2. Die horizontale (berufungsinstanzliche) Präklusion	115
a) Die Pflichten des Berufungsklägers	115
b) Die Pflichten des Berufungsbeklagten	115
§ 5 Prüfung der kostenrechtlichen Aspekte der geplanten Berufung	117
A. Kosten	117
I. Der Streitwert	117
II. Kostentragung	117
III. Die Höhe der Kosten und Gebühren	117
B. Kostenrisikomindernde Maßnahmen	117
I. Berufungseinlegung „zur Fristwahrung“	117
1. Zulässigkeit	117
2. Kostenerstattungspflicht bei späterer Berufungsrücknahme	118
II. Stellung eines Teilantrags	118
1. Der Teilantrag mit umfassender Begründung	118
2. Die sog. fingierten Anträge	119
C. Kostentragung durch Dritte	120
I. Kostendeckung durch die Rechtsschutzversicherung	120
1. Grundsätzliches	120
2. Rechtsschutzversicherung und Prozeßkostenhilfe	121
II. Prozeßkostenhilfe	121
1. Berufungseinlegung unter gleichzeitiger oder nachfolgender Beantragung von Prozeßkostenhilfe	121
2. Beantragung von Prozeßkostenhilfe und „beabsichtigte Berufung“	122
3. Berufung „falls Prozeßkostenhilfe bewilligt wird“	122
4. Berufung „mit der Bitte, sie bis zur Entscheidung über die Prozeßkostenhilfebewilligung zu den Akten zu nehmen“ o. ä.	123
5. Isolierter Prozeßkostenhilfeantrag ^{§ 38} Muster 4: Isolierter Prozeßkostenhilfeantrag	123
a) Formelle Voraussetzungen	123
b) Weiterer Verfahrensgang	125
III. Kostendeckung durch sonstige Dritte	128
§ 6 Prüfung von Maßnahmen im Hinblick auf die Zwangsvollstreckung	129
A. Einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung	129
I. Formalien	129
II. Materielle Voraussetzungen und Erfolgsaussichten	129
III. Gebührenrechtlicher Hinweis	129
B. Unbedingtheitserklärung	130
I. Anwendungsbereich des § 537 Abs. 1 ZPO	130
II. Der Antrag	130
III. Gebührenrechtlicher Hinweis	131
1. Gebührentatbestand	131
2. Gebührenhöhe	131
3. Gegenstandswert	131
§ 7 Die Beratung durch den Anwalt	133
A. Die Beratungspflicht	133
B. Art und Weise der Beratung	134
I. Nachdrücklichkeit der Beratung	134
II. Form	135
III. Herbeiführung einer definitiven Entscheidung des Mandanten	135
C. Gebühren	137
I. Übersendung und Besprechung des Urteils durch den erstinstanzlichen Anwalt	137
II. Beratung über die Erfolgsaussichten einer Berufung	137
1. Prüfung der Erfolgsaussichten einer Berufung, Nr. 2100 RVG-VV	137

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis

a) Gebührenhöhe	137
b) Gegenstandswert	137
2. Schriftliches Gutachten über die Erfolgsaussichten einer Berufung, Nr. 2101 RVG-VV	137
a) Gebührentatbestand	137
b) Gebührenhöhe	138
III. Gutachtliche Äußerung anlässlich der Übersendung der Handakten an den Rechtsanwalt der Berufungsinstanz	138
1. Gebührentatbestand	138
2. Gebührenhöhe	138
IV. Beratung im Rahmen eines Berufungsmandats	138
1. Gebührentatbestand	138
2. Gebührenhöhe	139
2. Teil. Berufungseinlegung und -begründung	141
§ 8 Die Form der Berufungsschrift	141
A. Muster	141
B. Erläuterungen	141
I. Adressat ¹	141
II. Bezeichnung der Parteien und Angabe der Parteirollen ²	142
1. Bezeichnung der Parteien	142
2. Angabe der Parteirollen	143
a) Grundsätzliches	143
b) Sonderfälle	144
III. Angabe des Prozeßbevollmächtigten des Berufungsbeklagten ³	145
IV. Kurzbezeichnung des Streitgegenstands (Betreff) ⁴	145
V. Bezeichnung des angefochtenen Urteils und des erstinstanzlichen Ge- richts ⁵	145
1. Bezeichnung des angefochtenen Urteils	145
2. Bezeichnung des erstinstanzlichen Gerichts	146
VI. Erklärung, daß Berufung eingelegt wird ⁶	147
VII. Berufungsanträge und Berufungsbegründung ⁷	148
1. Grundsätzliches	148
2. Notwendigkeit einer sofortigen Begründung	148
VIII. Beifügung einer Urteilsausfertigung/beglaubigten Abschrift ⁸	149
IX. Abschriften der Berufungsschrift ⁹	150
X. Unterzeichnung ¹⁰	150
XI. Berufungseinlegung und moderne Kommunikationsmöglichkeiten	152
1. Traditionelle technische Übermittlungsformen	152
2. Telebrief und Telefax	153
a) Begriffe	153
b) Zulässigkeit	153
c) Unterschrift	153
d) Kein Nachreichen des „Originalschriftnsatz“	154
e) Abschriften	156
f) Fristenkontrolle	157
3. Berufungseinlegung per E-Mail	157
4. Telefonische Berufungseinlegung	158
XII. Die mehrfache Berufungseinlegung	158
§ 9 Die Berufungsbegründungsfrist	161
A. Grundsätze	161
I. Dauer	161
II. Beginn und Ende	161
1. Grundsätzliches	161
2. Berechnung	161
3. Sonderfälle	161

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis

a) Ergänzungsurteil	161
b) Unterbrechung, Aussetzung und Ruhen des Verfahrens	161
c) Sommerpause	162
d) Mediation	162
III. Wiedereinsetzung	162
B. Die Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist gemäß §§ 520 Abs. 2 S. 2, 3 ZPO, 66 Abs. 1 S. 5 ArbGG	162
I. Der Verlängerungsantrag	162
1. Vorliegen eines Verlängerungstatbestandes	162
a) Einwilligung des Gegners, § 520 Abs. 2 S. 2 ZPO	162
b) Nichtverzögerung des Rechtsstreits oder Vorliegen erheblicher Gründe, §§ 520 Abs. 2 S. 3 ZPO, 66 Abs. 1 S. 5 ArbGG	163
2. Formgerechter Antrag ^{§ 520 Abs. 2 S. 3 ZPO} Muster 7: Berufungsschrift des Streitverkündungsempfängers	166
a) Schriftlicher Antrag	166
b) Inhalt	166
3. Rechtzeitige Antragstellung	168
II. Die Entscheidung	169
1. Aufschiebende Wirkung des Verlängerungsantrags	169
2. Die Entscheidung	169
a) Zuständigkeit	169
b) Entscheidungsmaßstab	169
c) Umfang der Bewilligung	170
d) Zeitpunkt der Entscheidung	170
e) Bekanntmachung der Entscheidung	171
f) Anfechtung der Entscheidung	171
3. Beginn der Verlängerung	171
§ 10 Die Berufungsbegründungsschrift	175
A. Die Berufungsanträge	175
I. Bedeutung der Berufungsanträge	175
1. Die Doppelfunktion der Berufungsanträge	175
2. Erweiterung der Berufungsanträge	175
II. Die Formalien der Berufungsanträge	175
1. Sachanträge	176
2. Anträge auf Zurückverweisung	178
3. Sonstige Anträge	179
a) Kostenanträge	179
b) Vollstreckungsschutzanträge	180
c) Antrag auf Zulassung der Revision	180
d) Stellungnahme zur Übertragung des Rechtsstreits auf den entscheidenden Einzelrichter	181
B. Die Begründung der Berufungsanträge	182
I. Umfang des Berufungsangriffs	182
1. Bei mehreren prozessual selbständigen Ansprüchen	182
2. Bei selbständig entscheidbaren Teilen eines prozessualen Anspruchs	183
3. Bei einheitlichem prozessualen Streitgegenstand	183
a) Berufung des Klägers	183
b) Berufung des Beklagten	185
4. Zweites Versäumnisurteil	185
5. Kostenmischfälle	185
II. Inhaltliche Anforderungen an die Begründung	185
1. Grundsätzliches	185
2. Anforderungen an die einzelnen Berufungsrügen	186
a) Angriff gegen die rechtliche Auffassung des Ersturteils (§ 520 Abs. 3 S. 2 Nr. 2 ZPO)	186
b) Angriff gegen die tatsächlichen Feststellungen (§ 520 Abs. 3 S. 2 Nr. 3 ZPO)	191

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis

c) Berufung mit neuen Tatsachen oder Beweisen (§ 520 Abs. 3 S. 2 Nr. 4 ZPO)	193
3. Ausführungen zu den Erfolgsaussichten oder zur grundsätzlichen Bedeutung	194
III. Formale Anforderungen an die Begründung	194
1. Disposition und Stil	194
2. Bezugnahmen	195
a) Pauschale ersetzende Bezugnahmen	195
b) Pauschale ergänzende Bezugnahmen	196
c) Konkret ersetzende Bezugnahmen	196
3. „Bitte um Hinweise nach § 139 ZPO“	198
IV. Angabe des Werts des Beschwerdegegenstands	199
V. Die Unterschrift des Berufungsanwalts	199
1. Grundsatz	199
2. Einzelheiten	200
a) Sinn des Unterschriftserfordernisses	200
b) Prüfungsmaßstab	200
c) Beispiele aus der Rechtsprechung	200
VI. Abschriften	201
§ 11 Verwerfung und Zurückweisung der Berufung	203
A. Die Verwerfung gemäß § 522 Abs. 1 S. 2 ZPO	203
I. Verfahren	203
1. Zivilprozeß	203
2. Arbeitsgerichtliches Verfahren	203
II. Anfechtung	203
1. Statthaftes Rechtsmittel	203
a) Zivilprozeß	203
b) Arbeitsgerichtliches Verfahren	204
2. Frist	204
3. Form	204
4. Zusammenfassung	204
B. Die Zurückweisung gemäß § 522 Abs. 2 ZPO	204
I. Voraussetzungen und Verfahren	206
1. Die sachlichen Voraussetzungen	206
2. Das Verfahren	208
a) Meinungsbildung des Gerichts	208
b) Gewährung rechtlichen Gehörs	211
c) Reaktion des Berufungsführers	212
d) Der Zurückweisungsbeschluß	213
II. Anfechtbarkeit	214
III. Kosten	215
3. Teil. Die Verteidigung des Berufungsbeklagten	217
§ 12 Die Berufungserwiderung	217
A. Notwendigkeit einer Berufungserwiderung	217
B. Form und Inhalt der Berufungserwiderung  Muster 9: Ausgearbeitete Berufungsbegründung	218
§ 13 Die Anschlußberufung	221
A. Grundsätzliches	221
B. Typische Anwendungsfälle	222
I. Zivilprozeß	222
II. Arbeitsgerichtsverfahren	225
1. Weiterverfolgung eines erstinstanzlichen Auflösungsantrags.	225
2. Erstmöglicher Auflösungsantrag in zweiter Instanz	225
C. Formalien	226

Inhaltsverzeichnis**Inhaltsverzeichnis**

I. Form ☞ Muster 11: Berufungserwiderung	226
II. Frist	227
1. Grundsatz	227
2. Sonderfälle	228
a) Eintritt oder Veränderung anschlussberechtigender Umstände nach Ablauf der Anschlussberufungsfrist	228
b) Auflösungsantrag im Kündigungsschutzprozeß	229
III. Hilfsanschlußberufung	229
IV. Begründung	229
1. Zeitpunkt	229
2. Inhalt	230
D.Kosten	230
I. Verwerfung oder Zurückweisung der Hauptberufung	231
II. Verwerfung oder Zurückweisung der Anschlußberufung	231
III. Verwerfung oder Zurückweisung von Haupt- und Anschlußberufung	232
IV. Rücknahme oder Erledigung der Hauptberufung	232
4. Teil. Die Berufungsverhandlung	235
§ 14 Der Ablauf der Verhandlung	237
§ 15 Das Versäumnisverfahren	239
A. Risiken einer „Flucht in die Säumnis“	239
I. Die Sperrwirkung des zweitinstanzlichen Versäumnisurteil	239
II. Die Säumnis im Wettbewerbsprozeß	239
B. Der Verfahrensgang	239
C. Gebührenrechtliche Hinweise	240
5. Teil. Besondere Formen der Verfahrensbeendigung	241
§ 16 Die Berufungsrücknahme	241
A. Abgrenzungen	241
I. Berufungsrücknahme und Klagerücknahme	241
II. Berufungsrücknahme und Verzicht auf Berufung	241
III. Berufungsrücknahme und Erledigterklärung	241
B. Verfahren	241
I. Form der Rücknahme	241
II. Zeitpunkt	243
III. Zustimmung seitens des Gegners	243
IV. Wirkung der Berufungsrücknahme	243
V. Kostenfolge	243
C. Gebührenrechtlicher Hinweis	244
§ 17 Berufungsverzicht und Anerkenntnis	247
A. Berufungsverzicht gegenüber dem Gericht	247
B. Der außergerichtliche Berufungsverzicht	247
C. Das Anerkenntnis	248
§ 18 Die Erledigterklärung	249
A. Die Erledigung der Hauptsache	249
B. Die Erledigung der Berufung	250
§ 19 Der Prozeßvergleich	251
A. Typische Regelungsmöglichkeiten	251
I. Regelungen der Hauptsache	251
II. Widerrufsvorbehalt und Bestätigungsvorbehalt	254
1. Widerrufsvorbehalt	254
a) Der Adressat	254

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis

b) Die Form	255
c) Die Frist	255
2. Bestätigungsvorbehalt	256
B. Kosten- und Gebührenfragen	257
I. Kosten	257
1. Grundsatz	257
2. Sonderfälle	257
a) Beteiligung von Rechtsschutzversicherungen	257
b) Beteiligung einer prozeßkostenhilfeberechtigten Partei	258
c) Berufungsrücknahme aufgrund eines Vergleichs	258
II. Gebühren	259
C. Haftungsrechtliche Hinweise	259
6. Teil. Die Vorbereitung der Revision	261
Anhang: Muster	263
Stichwortverzeichnis	289

beck-shop.de